

Vorlesungsgliederung

Literatur: *Bitter/Röder*, BGB Allgemeiner Teil (6. Auflage 2024); *Böcken*, BGB - Allgemeiner Teil (3. Auflage 2019); *Bork*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs (4. Auflage 2016); *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB (49. Auflage 2025); *Faust*, Bürgerliches Gesetzbuch Allgemeiner Teil (9. Auflage 2024); *Köhler*, BGB Allgemeiner Teil (49. Auflage 2025); *Leipold*, BGB I – Einführung und Allgemeiner Teil (12. Auflage 2025); *Löhnig/Fischinger*, Einführung in das Zivilrecht (21. Auflage 2023); *Löhnig/Fischinger*, Falltraining Zivilrecht I (7. Auflage 2022); *Medicus/Petersen*, Allgemeiner Teil des BGB (12. Auflage 2024); *Musielak/Hau*, Grundkurs BGB (18. Auflage 2023); *Neuner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts (13. Auflage 2023); *Schack*, BGB Allgemeiner Teil (17. Auflage 2023); *Schmidt*, BGB Allgemeiner Teil (19. Auflage 2022); *Stadler*, Allgemeiner Teil des BGB (21. Auflage 2022); *Zerres*, Bürgerliches Recht (10. Auflage 2022).

1. Kapitel. Grundlagen

I. Der Allgemeine Teil des BGB in der Gesamtrechtsordnung

1. Der Begriff der Rechtsordnung
 - a) Allgemeine Definition
 - b) Die Rechtssubjekte und ihre Interessen
2. Der Aufbau der deutschen Rechtsordnung
 - a) Die Rechtsgebiete
 - b) Privatrecht und öffentliches Recht
3. Das BGB und seine Verortung innerhalb des Privatrechts
 - a) Das BGB als Grundlage des bürgerlichen Rechts
 - b) Überblick die geschichtliche Entwicklung
 - c) Der Geltungsbereich des BGB
 - d) Das BGB und die weiteren Gebiete des Privatrechts
4. Verortung des Allgemeinen Teils innerhalb des BGB
5. Überblick über die Regelungsinhalte des Allgemeinen Teils

II. Regelungsgegenstand und Regelungstechnik des Privatrechts

1. Die Grundfrage des privatrechtlichen Falls: „Wer will was von wem und woraus?“
2. Anspruchsteller und Anspruchsgegner
3. Das Anspruchsziel
 - a) Interesse und Anspruch
 - b) Kategorisierung des verlangten „Was“ nach verschiedenen Anspruchszielen
4. Die Ermittlung der Anspruchsgrundlage
 - a) Begriff der Anspruchsgrundlage
 - b) Kennzeichen der Anspruchsgrundlage
 - c) Zuordnung von Anspruchsgrundlagen zu Anspruchszielen
5. Die Prüfung der Anspruchsgrundlage
 - a) Das „Wenn-Dann-Schema“ der Anspruchsgrundlagen
 - b) Die Subsumtion des Sachverhalts unter die Anspruchsgrundlage

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

I. Begriff, Grundlagen und Arten des Rechtsgeschäfts

1. Funktion und Begriff des Rechtsgeschäfts
 - a) Ausgangspunkt
 - b) Güterverteilung durch staatliche Zuteilungswirtschaft?
 - c) Der Grundsatz der Privatautonomie
2. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte
3. Trennungs- und Abstraktionsprinzip
4. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen
5. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte
6. Rechtsgeschäfte unter Beteiligung von Verbrauchern
7. Rechtsgeschäft und Vertrauenshaftung

II. Die Willenserklärung als Element des Rechtsgeschäfts

1. Begriff und Funktion der Willenserklärung
2. Der objektive Tatbestand der Willenserklärung („Rechtsbindungswille“)
 - a) Die Struktur der Willenserklärung
 - b) Privatautonomie v. Verkehrsschutz
 - c) Feststellung des Rechtsbindungswillens durch Auslegung entsprechend § 133 BGB
3. Der subjektive Tatbestand der Willenserklärung
 - a) Der Handlungswille
 - b) Der Geschäftswille
 - c) Das Erklärungsbewusstsein
4. Die Abgabe der Willenserklärung
 - a) Empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen
 - b) Verkörperte und nicht verkörperte Willenserklärungen
 - c) Begriff der Abgabe
 - d) Vollzug der Abgabe
 - e) Die abhanden gekommene Willenserklärung
 - f) Zwischenzeitliche Willensänderungen
5. Der Zugang der Willenserklärung
 - a) Verhältnis von Zugang und Kenntnisnahme
 - b) Begriff des Zugangs
 - c) Das Gelangen in den Machtbereich des Empfängers
 - d) Möglichkeit der Kenntnisnahme unter normalen Umständen
 - e) Zugangsverhinderung
 - f) Wirksamwerden von Willenserklärungen unter Anwesenden

III. Der Vertragsschluss

1. Begriff des Vertrags
2. Der Antrag gemäß § 145 BGB
 - a) Begriff des Antrags
 - b) Die essentialia negotii
 - c) Die Bindung an den Antrag
3. Die Annahme des Antrags gemäß § 147 BGB
 - a) Begriff der Annahme

- b) Die Annahme gemäß § 151 BGB
- c) Die Annahme durch Schweigen
- 4. Die Willensübereinstimmung
 - a) Der objektive Konsens
 - b) Der subjektive Konsens
 - c) Der offene Dissens
 - d) Der verdeckte Dissens
- 5. Vertragsschluss durch sozialtypisches Verhalten?

IV. Die Auslegung der Rechtsgeschäfts

1. Begriff und Bedeutung der Auslegung
2. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel
3. Auslegungsziele
4. Einzelne allgemeine Auslegungssätze
5. Die ergänzende Vertragsauslegung

V. Die Stellvertretung

1. Ausgangspunkt: Wer ist Partei des Rechtsgeschäfts?
 - a) Partei als essentielle negotii
 - b) Bestimmung der Partei durch Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB
2. Das Bedürfnis nach Stellvertretung im Rechtsverkehr
3. Die Grundstruktur der Stellvertretung gemäß § 164 BGB
4. Eigene Willenserklärung des Vertreters
5. Im Namen des Vertretenen
 - a) Zweck des Offenkundigkeitsprinzips
 - b) Das unternehmensbezogene Geschäft
 - c) Das offene Geschäft für den, den es angeht
 - d) Das verdeckte Geschäft für den, den es angeht
 - e) Handeln unter fremdem Namen
6. Mit Vertretungsmacht
 - a) Arten von Vertretungsmacht
 - b) Erteilung der Vollmacht
 - c) Allgemeine Rechtsscheinvollmacht
 - d) Duldungsvollmacht
 - e) Anscheinsvollmacht
 - f) Das In-Sich-Geschäft gemäß § 181 BGB
 - g) Missbrauch der Vertretungsmacht
 - h) Vertretung ohne Vertretungsmacht
7. Vertretung ohne Vertretungsmacht

VI. Begriff, Arten und mögliche Folgen der Unwirksamkeit von Rechtsgeschäften

1. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts
2. Das nichtige Rechtsgeschäft
3. Das relativ unwirksame Rechtsgeschäft
4. Die schwebende Unwirksamkeit
5. Das Rücktrittsrecht aus § 324 BGB

VII. Die Geschäftsfähigkeit natürlicher Personen

1. Begriff und Bedeutung
2. Geschäftsunfähigkeit gemäß § 104 bis 105a BGB
3. Beschränkte Geschäftsfähigkeit
 - a) Begriff
 - b) Rechtsgeschäftliches Handeln beschränkt Geschäftsfähiger
 - c) Das lediglich rechtlich vorteilhafte Geschäft gemäß § 107 BGB
 - d) Bewirken der Leistung mit eigenen Mitteln gemäß § 110 BGB
 - e) Genehmigung des schwebend unwirksamen Geschäfts

VIII. Willensvorbehalte

1. Geheimer Vorbehalt gemäß § 116 BGB
2. Das Scheingeschäft gemäß § 117 BGB
3. Die Scherzerklärung gemäß § 118 BGB

IX. Willensmängel

1. Ausgangspunkt
2. Die Anfechtung wegen Irrtums gemäß § 119 Abs. 1 BGB
 - a) Grundregeln
 - b) Inhaltsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB
 - c) Erklärungsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB
3. Die Anfechtung wegen eines Eigenschaftsirrtums gemäß § 119 Abs. 2 BGB
4. Die Anfechtung wegen Täuschung und Drohung gemäß § 123 BGB
5. Die Rechtsfolgen der Anfechtung

X. Die Form des Rechtsgeschäfts

1. Grundsatz der Formfreiheit
2. Gesetzliche und gewillkürte Form
3. Zwecke von Formerfordernissen
4. Die Nichteinhaltung der gesetzlichen Form
5. Die Nichteinhaltung der gewillkürten Form

XI. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot gemäß § 134 BGB

1. Vorliegen eines Verbotsgesetzes
2. Die Rechtsfolgen eines Verstoßes

XII. Das sittenwidrige Rechtsgeschäft gemäß § 138 BGB

1. Der Verstoß gegen die guten Sitten
 - a) Begriff der guten Sitten
 - b) Inhalts- und Umstandssittenwidrigkeit
 - c) Konkretisierung insbesondere anhand grundrechtlicher Wertungen
2. Die Rechtsfolgen des Sittenverstoßes
3. Das Wuchergeschäft gemäß § 138 Abs. 2 BGB

XIII. Zustimmung, Bedingung und Befristung

1. Zustimmung gemäß §§ 182 ff. BGB
2. Bedingung gemäß § 158 BGB
3. Befristung gemäß § 163 BGB
4. Die Berechnung von Fristen

3. Kapitel. Gestaltung von Rechtsgeschäften durch Allgemeine Geschäftsbedingungen

I. Sinn und Zweck der §§ 305 ff. BGB

1. Standardisierte Vertragsinhalte bei Massengeschäften
2. Schutz des Verwendungsgegners

II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB

1. Persönlicher Anwendungsbereich gem. § 310 Abs. 1 BGB
2. Sachlicher Anwendungsbereich gem. § 310 Abs. 2 BGB

III. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingung gem. § 305 Abs. 1 BGB

1. Vertragsbedingung
2. Vorformuliert
3. Für eine Vielzahl von Verträgen
4. Durch den Verwender bei Vertragsschluss gestellt
5. Kein individuelles Aushandeln gem. § 305 Abs. 1 S. 3 BGB

IV. Einbeziehungskontrolle

1. Hinweis gem. § 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB
2. Verschaffung einer zumutbaren Möglichkeit der Kenntnisnahme gem. § 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB
3. Einverständnis des Verwendungsgegners
4. Vorrang der Individualabrede gem. § 305b BGB
5. Überraschende Klauseln gem. § 305c Abs. 1 BGB
6. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung

V. Inhaltskontrolle

1. Kontrollfähigkeit der Klausel gem. § 307 Abs. 3 BGB
2. Grundsatz der verweenderfeindlichen Auslegung gem. § 305c Abs. 2 BGB
3. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit gem. § 309 BGB
4. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit gem. § 308 BGB
5. Die Generalklausel des § 307 BGB
 - a. Unangemessene Benachteiligung gem. § 307 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 BGB
 - b. Transparenzgebot gem. § 307 Abs. 1 S. 2 BGB
6. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Klausel

4. Kapitel. Subjektives Recht und Rechtsdurchsetzung

I. Rechtsverhältnis und subjektives Recht

1. Rechtsverhältnis
2. Subjektives Recht
3. Pflichten und Obliegenheiten

II. Anspruch, Einwendung und Einrede

1. Der Anspruch
2. Einwendungen gegen den Anspruch
 - a) Rechtshindernde Einwendungen
 - b) Rechtsvernichtende Einwendungen

III. Die Durchsetzung subjektiver privater Rechte

1. Rechtsdurchsetzung durch staatlichen Rechtsschutz
2. Der verbleibende Anwendungsbereich der Selbsthilfe

5. Kapitel. Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

I. Rechtssubjekte

1. Natürliche Personen
 - a) Die Rechtsfähigkeit natürlicher Personen gemäß § 1 BGB
 - b) Der Wohnsitz natürlicher Personen gemäß § 7 BGB
 - c) Name und Namensschutz gemäß § 12 BGB
2. Rechtsfähige Verbände
 - a) Juristische Personen
 - b) Teilrechtsfähige Verbände, insbesondere Personengesellschaften

II. Rechtsobjekte

1. Begriff des Rechtsobjekts
2. Sachen als Rechtsobjekte
 - a) Der Sachbegriff des § 90 BGB
 - b) Bestandteile einer Sache
 - c) Zubehör
 - d) Früchte, Nutzungen und Lasten
3. Immaterialgüter als Rechtsobjekte
4. Unternehmen als Rechtsobjekte?